

## **Die breite Mitte stärken - zurück zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft und einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik**

Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft mit ihren Grundsätzen von freiem Unternehmertum, sozialem Ausgleich und Wettbewerb hat uns stark gemacht. Sie ist auch in der heutigen Zeit der richtige Mechanismus, um unser Land voran zu bringen.

In der Stärkung dieser Kräfte liegt das Potential für die CDU, wieder starke Mehrheiten zu erreichen.

Die COVID-19-Pandemie und die Folgen der Maßnahmen zur Eindämmung für die Wirtschaft und für unseren Wohlstand werden dazu führen, dass die Finanz- und Wirtschaftspolitik sehr viel stärker als in den letzten zehn Jahren in den Mittelpunkt des Handelns auf allen politischen Ebenen treten wird. Es geht um eine Richtungsentscheidung, ob Umverteilung oder Chancenorientierung, Aufstieg und Wettbewerb den Kurs bestimmen werden. Hier sind wir als Union gefordert. Es wird uns nur gelingen, in dieser Diskussion dem Zeitgeist entgegenzutreten und die Richtung zu bestimmen, wenn die CDU ihr finanz- und wirtschaftspolitischen Profil stärkt.

Es ist wichtig, dass wir dabei immer die Grundlagen im Auge behalten, die den Rahmen jeden staatlichen Handelns christlich-demokratischer Politik bilden. Eckpfeiler unserer Finanz- und Wirtschaftslehre bilden die beiden naturrechtlichen Prinzipien des Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip. Das Solidaritätsprinzip beinhaltet die Verpflichtung des Staates zu aktiver, der universellen Bestimmung der Güter verpflichteten Sozialpolitik. Zugleich besteht aber auch eine Mitverantwortung jedes Einzelnen für die Gesellschaft. Dass die Entfaltung des Einzelnen eine möglichst große staatsfreie Sphäre und Begrenzung staatlicher Macht zur Voraussetzung hat, ist Ausfluss des Subsidiaritätsprinzips. Gemeinschaftsaufgaben sollten eben nicht zentralistisch, sondern möglichst dezentral erfolgen. Der Sozialphilosoph und Jesuitenpater Nell-Breuning wies stets darauf hin, dass der Staat im Dienst an den Gliedern der Gesellschaft die Aufgaben übernimmt, die das Individuum selbst nicht befriedigend zu lösen vermag, und zwar möglichst auf der niedrigsten staatlichen Stufe. Nicht ein Laissez-faire-Liberalismus ist dabei das Ziel. Vielmehr resultiert aus Eigentum und Unternehmerleistung in der Gesellschaft eine doppelte Aufgabe: Die Sozialfunktion, die den Missbrauch wirtschaftlicher Macht verurteilt, und die Individualfunktion, die das Recht auf freie Konsumwahl und unternehmerische Tätigkeit beinhaltet. Als Ergebnis dieser Prinzipien ist die Soziale Marktwirtschaft ein bewusst konzipiertes Programm, um das „Prinzip der Freiheit mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“, wie Müller-Armack es formulierte.

Deutschland kommt aus einer über zehn Jahre anhaltenden Phase wirtschaftlichen Wachstums. Ganz beträchtliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und ein damit einhergehender deutlicher Anstieg der Steuereinnahmen haben dazu geführt, dass jährlich zusätzliche staatliche Leistungen in die soziale Sicherheit und zur Steigerung des Wohlbefindens der Bürgerinnen und Bürger beschlossen worden sind. All das hätte sich ohnehin nicht so fortsetzen lassen. Erste Anzeichen für ein Nachlassen der Konjunktur waren schon vor der Pandemie erkennbar. Nun gilt es jetzt im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft umso mehr auch in Zukunft allen Menschen eine Teilhabe am

gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, vor allem aber ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends sind starke Anstrengungen unternommen worden, Bürokratie abzubauen, die Staatsquote zu senken und zu deregulieren. Mit wirksamen Reformen wurde der Wettbewerb gestärkt und die Rolle des Staates in der Wirtschaft zurückentwickelt. Im darauffolgenden Jahrzehnt nahm die Entwicklung einen anderen Weg. Freiheit und Gerechtigkeit als Fundament der Sozialen Marktwirtschaft sind eben nicht statisch, sondern schwingen je nach Zeit, Umständen und politischen Realitäten einmal mehr in die eine oder andere Richtung. Nur Dank sehr guter Beschäftigungslage und ordentlicher Wachstumsraten war die zunehmende Einbindung staatlicher Institutionen finanzierbar. Die anwachsende staatliche Einmischung ist dennoch vom Grundsatz her an vielen Stellen zu hinterfragen, gerade mit Blick auf die Soziale Marktwirtschaft. Erhardt schrieb in seinem Buch „Wohlstand für alle“: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge, Du, Staat dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ Im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrtausends wurde aber durch die zunehmenden Regulierungen und einer Verminderung des einzelnen Wirtschaftssubjektes, frei zu entscheiden, zugleich der Wettbewerb, das Risiko des Einzelnen und damit auch die Verantwortung deutlich abgemindert. Der Staat hat in den vergangenen zehn Jahren an zahlreichen Stellen die Verantwortung weg von den Bürgerinnen und Bürgern hin zum Staat gelenkt. Damit stiegen noch einmal der bürokratische Aufwand, die Kontrolle und die Abstimmung über die einzelnen Ebenen hinweg.

Keine Frage: Die Pandemie hat die Koordinaten noch einmal verschoben. Die nunmehr über ein Jahr anhaltenden Regelungen zur Eindämmung der Folgen der COVID-19-Pandemie haben im Bewusstsein der Menschen und in den Systemen etwas verändert. So richtig und wichtig es war, ganz pragmatisch von Seiten des Staates Betroffene zu unterstützen, so wichtig ist es trotzdem, die Grundsätze im Auge zu behalten. Die lange Phase der Krisenintervention hat zu einem weit verbreiteten Staatsverständnis geführt, das nicht dem von Ludwig Erhard und den Prinzipien einer Marktwirtschaft entspricht.

Die Krise hat die Fixpunkte im Koordinatensystem von Wirtschaft und Gesellschaft verschoben – wohlmöglich nachhaltig. Die Koordinaten bewegen sich weg von den Prinzipien des Marktes, weg von Wettbewerb und bedauerlicherweise auch weg von der Solidität in den öffentlichen Haushalten und zu einem stärkeren Staatseinfluss auf die Wirtschaft, zu mehr Direktiven für die Wirtschaft und zur längst überwunden geglaubten Schuldenpolitik. Hohe Staatsschulden haben plötzlich nichts Bedrohliches mehr und die Keynes-Anhänger versuchen ihre Renaissance einzuleiten. Die Wirtschaftswoche schrieb vor einiger Zeit zu Recht: „...der Staat nutzt das ihm in der Krise entgegengebrachte Vertrauen, um seinen Einfluss auszudehnen - meist finanziert durch Schulden.... Wenn das Land nicht aufpasst, rutscht es dabei in die schuldenfinanzierte Staatswirtschaft, die keinen Boom mehr kennen wird.“

Genau hier kommt es auf die Union an. Gerade das Solidaritätsprinzip, also die freiwillige und beständige Entschlossenheit, sich für das Wohl aller und eines jeden einzusetzen, weil alle für alles verantwortlich sind, bezieht sich nicht nur auf die gegenwärtige Generation. Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Nachkommen wirtschaften, Ressourcen verbrauchen, die Umwelt belasten und eben übermäßige Schulden machen. Die Christlich-Demokratische Union Deutschland kann an dieser entscheidenden Weggabelung ihr Profil stärken und sich für eine nachhaltige, dauerhafte und zukunftsfähige Entwicklung der Finanzen einsetzen. Immer, wenn es um Richtungsentscheidungen geht, war die Union stark. Die nachhaltigen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft sind nicht überholt. Sie werden weiter benötigt. Die Union kann dazu einen Beitrag leisten und sich dadurch wieder stärken. Dazu bedarf es aber einer klaren Profilbildung und eine Ausrichtung auf diesen Kurs.

Die CDU als verlässlicher Partner einer auf wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ausgerichteten Finanz- und Wirtschaftspolitik:

### 1. Solide Staatsfinanzen als Markenkern

Die Größe der Krise und die Notwendigkeit, entschlossen und entschieden zu handeln, haben dazu geführt, dass auf allen staatlichen Ebenen neue Schulden in beträchtlicher Größe aufgenommen werden mussten. Einen solch drastischen Anstieg der Neuverschuldung hat es in unserem Land nie gegeben – auch nicht zu Zeiten der Kapitalmarktkrise. Nur die solide Haushalts- und Finanzpolitik der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass der Staat jetzt die Möglichkeiten hat, wirkungsvoll eingreifen zu können. Solide Finanzen bedeuten, Krisen-Resilienz zu besitzen.

Alle Aufwendungen, die jetzt getätigt werden, um die Krise zu bewältigen, müssen anschließend bezahlt werden. Dies wird uns auf allen Ebenen zukünftig belasten und unsere Handlungsoptionen schmälern. Bund, Länder und Gemeinden, aber auch Unternehmen und Bürger werden Einbußen hinzunehmen haben und Kapitaleinsatz leisten müssen. Darauf sollte die CDU die Menschen vorbereiten. Die Corona-Pandemie sowie die zu ihrer Bewältigung ergriffenen Maßnahmen haben tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Mit der Überwindung der Krise muss ein strikter Konsolidierungskurs einsetzen. Nur so werden das Vertrauen von Investoren und Konsumenten in die Kontinuität der künftigen Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik gestärkt und damit langfristig die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung gestellt. Die Zeiten für immer neue Staatsausgaben sind zunächst einmal mindestens unterbrochen. Nach der Krisenbewältigung ist eine sorgfältige Analyse notwendig (Kassensturz), welche Möglichkeiten bleiben. Es bedarf jetzt eines Moratoriums für ausgabenstarke neue Leistungen, die nicht ausdrücklich der Krisenintervention dienen – ein **Ausgabenstopp** also. Die Zeit der fiskalpolitischen Wohltaten ist definitiv vorbei. Viele der bisher getätigten Großzügigkeiten könnten eher zum Sprengsatz werden.

Da es aller Voraussicht nach zu einer Potentialabsenkung in der Volkswirtschaft und damit zu strukturellen Einnahmeausfällen kommen wird, wird es notwendig sein, öffentliche Haushalte zu konsolidieren. Strukturellen Einbußen kann nur mit strukturellen Veränderungen begegnet werden. Ein Zurück in die Schuldenpolitik der siebziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts darf es mit der Union nicht geben. Dies würde nicht nur die Staatsfinanzen destabilisieren, sondern wäre auch nicht nachhaltig. Eine Schuldenpolitik von heute verlagert die Verteilungskonflikte auf die nächste Generation. Die Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ist vor allem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung eine zentrale Herausforderung. Sie ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit.

Das alles ist möglich mit und im Rahmen der Schuldenbremse und deren Regelungen. Sie bietet in solchen außergewöhnlichen Situationen ausreichend Spielraum, um handeln zu können. Sie zeigt aber gleichzeitig den Pfad auf, wieder so zeitnah wie möglich zu Haushalten ohne Nettoneuverschuldung zurückzukehren. Sie bietet Öffnungen in der Krise und ist Leitplanke für den Kurs solider Staatsfinanzen. Die Schuldenregelung hat sich bewährt. Die Zinsen werden nicht allzeit niedrig ausfallen. Auch die nächste Krise kann früher kommen, als wir hoffen. Bis dahin sollte der Staat sich wieder Spielräume erarbeiten. Nachweislich haben Staaten, die über begrenzende Regelungen der Verschuldung verfügen, wesentlich stabilere Staatsfinanzen und eine besser wirtschaftliche Entwicklung vorzuweisen.

Haushaltskonsolidierung ist die Voraussetzung dafür, um unseren Sozialstaat zu sichern. Einem überschuldeten Staat wird am Ende immer das Geld für die Schwachen dieser Gesellschaft fehlen. Mit der Haushaltskonsolidierung ist eine soziale Dividende verbunden, da Zinslasten begrenzt werden und damit Gestaltungsmöglichkeiten entstehen.

Es darf keinen Zweifel daran geben, dass die CDU auch in Koalitionsverhandlungen und nach einer neuen Regierungsbildung an der Schuldenbremse und deren Prinzipien festhält.

Von der CDU muss ein klares Bekenntnis zu Haushalten ohne neue Schulden ausgehen. Denn wir stehen für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik. Nur eine durchgreifende, dauerhafte Konsolidierungspolitik verschafft dem Staat Spielräume, um die Zukunft zu gestalten und den Bürger zu entlasten.

## **2. Stärkung von Eigenverantwortung und Deregulierung**

Die Soziale Marktwirtschaft setzt bei der Verantwortung des Einzelnen an. Ludwig Erhard schreibt dazu: „Darum widerspricht es zum Beispiel der marktwirtschaftlichen Ordnung, die private Initiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung auch dann auszuschalten, wenn das Einzelindividuum materiell durchaus in der Lage ist, solche Tugenden im weitem Umfang zu üben. Daher ist dem Ruf nach immer mehr kollektiven Absicherungen keinesfalls immer zu folgen. Im Gegenteil. Der Wohlstand fängt zuallererst beim Einzelnen an. Diese Verantwortung für die eigene Situation darf nicht immer weiter durch staatliche Fürsorge ersetzt werden. Eigenverantwortung muss immer am Anfang stehen. Sie ist die effektivste Form. Immer dann, wenn der Einzelne oder auch die Selbsthilfe das nicht leisten kann, dann – und erst dann – springt der Staat ein und es greift die Verpflichtung der Gesellschaft. Diese Reihenfolge ist bei der Feststellung von Gerechtigkeitslücken und der Verfeinerung des sozialen Netzes unabdingbar und sollte für die CDU Leitschnur sein. Ein einfaches Folgen des Rufes vieler nach kollektiver Sicherheit ist klar abzulehnen. Es entmündigt die Bürgerinnen und Bürger.

Wir dürfen uns nicht in Verteilungsfragen verheddern und müssen stattdessen die Wohlstandsmehrung für die ganze Bevölkerung in den Blick nehmen.

Bürokratie tatsächlich und spürbar abzubauen wird uns nur gelingen, wenn wir wieder stärker auf die Eigenverantwortung der Menschen, der staatlichen Ebenen und der Institutionen vertrauen. Subsidiarität sollte da Primat der Ausrichtung sein.

In den vergangenen Jahren ist sehr viel - beispielsweise unter dem Stichwort Verbraucherschutz oder der Nachhaltigkeit - staatlich geregelt worden. Es widerspricht unserer Freiheit und unserer Kreativität und letztlich auch unserem Menschenbild, die Menschen zu bevormunden. Freiheit setzt Verantwortung voraus. Beides zusammen schafft ein Klima der Vielfalt, der Innovation und der Ideen. Manchmal ist es unbequemer, sich selbst entscheiden zu müssen, auch Fehler machen zu können. Aber der Versuch, jeden denkbaren Fehler durch kollektive Regelungen auszuschalten, verlagert die Verantwortung und lähmt die notwendige Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, der Unternehmen und vieler Einrichtungen.

Ein leistungsfähiges und stabiles Finanzsystem ist für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes essentiell. Es sichert den nachfrage- und risikogerechten Zugang zu nationalen und internationalen Finanzmitteln. Es bietet institutionellen Investoren und vorsorgeorientierten Privatpersonen kosteneffiziente Anlagemöglichkeiten. Ein transparenter Finanzmarkt ist Grundlage für die freien Entscheidungen der einzelnen Bürger. Eine zusätzliche Besteuerung des Aktienhandels durch eine Transaktionssteuer oder ähnliche Instrumente hindert eine breite Schicht am Aufbau von Vermögen und führt so eher zu einer Spaltung der Gesellschaft. Aktienkäufe sowie andere Vorsorgemaßnahmen sollten daher nicht durch den Staat behindert werden. Nur ein breiter Strauß an Investitionen sichert den notwendigen Wohlstand im Alter. Finanzmarktgefährdende Spekulationen hingegen sind durch eine verbesserte Aufsicht und klare Regulierung zu verhindern. National und international muss ein

Ordnungsrahmen gelten, der diesen Prinzipien gerecht wird. Unser Ziel ist es, dass die Akteure auf den Finanzmärkten nicht wieder in alte Verhaltensmuster zurückfallen, wie sie vor der Finanzmarktkrise nach der Leman-Pleite zu beobachten waren.

### **3. Mehr Wettbewerb fördern – mehr Unterschiedlichkeit zulassen**

Wettbewerb ist die beste Antriebsfeder für Wohlstand, Beschäftigung, hohe Effizienz und Anstrengung. Ohne Wettbewerb gibt es keine Innovationen. Zu viele Leitplanken und Regelungen schränken den Wettbewerb ein. Wettbewerb ist häufig etwas unbequemer als ein geregelter Zustand, führt aber zu besseren Ergebnissen.

Von der CDU bedarf es eines klaren Bekenntnisses zu mehr Wettbewerb.

Die CDU sollte überall wo es geht, Wettbewerb zulassen und fördern und auf private Initiativen und Unternehmen setzen, die im Wettbewerb stehen. Das gilt auch für die Bereiche, die sich gerade in der Transformation befinden. Die CO2-freie Wirtschaft wird nicht ohne Wettbewerb der Technologien zu meistern sein.

Wettbewerb setzt das Zulassen von Unterschiedlichkeiten voraus. Ein gewisses Maß an Ungleichheit ist notwendig, um Wettbewerb wirksam werden zu lassen. Gleiche Zugangschancen für alle sind wichtig. Das ist aber nicht zu verwechseln mit Gleichmacherei.

Im Umfeld von Wettbewerb muss sich auch Leistung lohnen. Das heißt, auch bei der Verteilung des Bruttoinlandproduktes ist darauf zu achten, dass nicht die Gleichverteilung dazu führt, den Wettbewerb zu untergraben.

Ohne Anreize kein Wettbewerb, ohne Wettbewerb keine Anstrengungen, ohne Anstrengungen kein Erfolg. Die CDU muss sich klar zu diesen Anreizen bekennen. Die Anreize müssen so hoch und wirksam sein, dass alle sich anstrengen. Hängen die ersehnten Früchte zu niedrig, entfallen die Anstrengungen oder fallen geringer aus. Das wiederum schwächt den Wohlstand insgesamt. Selbstgefälligkeit und zu geringe Anstrengung führen zu Lähmungserscheinungen und lassen uns im Wohlstand zurückfallen. Dann steht auch weniger für den sozialen Ausgleich zur Verfügung.

Warum nicht auch mehr Wettbewerb im föderalen System? Eine klare Zuteilung der Verantwortung und weniger Mischzuständigkeiten sowie Mischfinanzierungen sind das Ziel. Ergebnis- und Finanzverantwortung gehören immer zusammen. Daher führen Mischfinanzierungen, einmalige Finanzanreize für Daueraufgaben zu Fehlallokationen im System. Die Länder sollten die Möglichkeit erhalten, auf die Gemeinschaftssteuer nach vorheriger Senkung eigene Zuschläge zu erheben. Dann gibt es einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber, wie viel staatliche Leistungen sie wollen und wie hoch die Steuern dafür sein dürfen. Wir brauchen dazu eine Föderalismuskommission III.

Der Staat sollte nur das selbst erbringen, wofür er zuständig ist oder wo der Wettbewerb versagt. Staatliche Unternehmen dringen immer mehr in verschiedene Wirtschaftsbereiche ein, in die dezentrale Energieversorgung beispielsweise oder auch in den Bereich der Daseinsvorsorge. Nicht alles, was wir täglich benötigen, muss der Staat vorhalten. Hier steht die CDU dafür, nur das staatlich anzubieten oder zu betreiben, was anders nicht oder nur schlechter erbracht werden kann.

### **4. Aufstieg und soziale Teilhabe am Erfolg**

Zum Wettbewerb gehören faire Bedingungen. Für diese hat der Staat zu sorgen. Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Sie besteht aus dem Wort Marktwirtschaft und dem Sozialen. Dafür hat der Staat den Rahmen zu setzen. Die CDU ist immer dann stark gewesen, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen an der guten Entwicklung partizipiert haben. Hierfür müssen wir sorgen. Dazu gehört aber auch zur gemeinsamen Verantwortung. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Unternehmen tragen auch Verantwortung dafür, dass die Arbeitnehmer über die Löhne an der steigenden Produktivität teilhaben und von ihr profitieren. Erst das versetzt sie in die Lage, eigene Vorsorge zu treffen und damit Verantwortung für sich und ihre Familien zu übernehmen.

Wettbewerb funktioniert nur, wenn die Früchte der Anstrengung auch erreicht werden können und wenn der, der sich besonders anstrengt, auch mehr partizipiert. Die CDU muss dafür sorgen, dass es in Deutschland wieder leichter möglich ist, aufzusteigen. Aufsteigen zu können, ist die Grundvoraussetzung dafür, von individuellen Anstrengungen zu profitieren.

Eine weitere Möglichkeit, die Verantwortung zu stärken, ist die Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Sie sollte dort gefördert werden, wo Mitarbeiter und Unternehmer diesen Weg gehen wollen.

## **5. Mutig an Reformen herangehen – Wettbewerbsfähigkeit steigern**

CDU muss Lust auf Zukunft machen. Wer Angst hat, verharrt in der Gegenwart oder in der Vergangenheit. Gerade wer sich etwas zutraut, glaubt an eine gute Zukunft.

Wir haben alle Chancen, auch in Zukunft ganz vorn in der Welt zu stehen. Dazu bedarf es der Veränderungsbereitschaft. Diese muss die CDU einfordern. Der Standort Deutschland hat in den letzten Jahren im Ranking am Grund verloren. Eine Vermögenssteuer oder weitere Belastungen der Wirtschaft würden diese Entwicklung verstärken.

In den vergangenen Jahren sind viele Leistungen dazu verwandt worden, das bestehende Niveau abzusichern. Die Aufwendungen müssen in die Zukunft gerichtet eingesetzt werden. Das wird auch eine Frage sein, die die CDU im Ausgleich der Generationen beantworten muss.

Es bedarf einer Strukturverschiebung in den Haushalten hin zu mehr Investitionen und weg vom laufenden Verbrauch.

Forschung und Entwicklung gehören gestärkt. Start-ups müssen bessere Bedingungen vorfinden.

Wir treten ein für eine Reform der Unternehmensbesteuerung, die sich an der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland orientiert. Seit über zehn Jahren ist nicht mehr über eine Steuerreform nachgedacht worden. Die Besteuerung von Unternehmen und Gewinnen, die im Unternehmen verbleiben, sollte auf maximal 25 Prozent für Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer begrenzt werden. Das schafft Innovationskraft für die anstehenden Herausforderungen.